

Über die Relevanz reflektiert und mutig vermittelter politischer Bildung

Der schulische Lernbereich Gesellschaftswissenschaften ist ein spannendes, schon allein auf Grund seiner komplexen Zusammensetzung und nicht zuletzt ob der tagesaktuellen Herausforderungen, mit denen er sich immer wieder aufs Neue konfrontiert sieht, ein zugleich intern ebenso engagiertes wie hoch streitbares und von externer Seite leicht und daher auch stets schnell angreifbares und leicht verwundbares, fragiles Gebilde: "Influencer" unterschiedlichster politischer, sozialer und wirtschaftlicher Couleur wittern nicht zu Unrecht allzu häufig die Chance einer in ihrem Sinne idealerweise nachhaltigen oder auch nur temporären Einflussnahme auf zukünftige WählerInnen, deren Persönlichkeitsbildung inklusive einer faktisch solide fundierten Meinungsbildung noch lange nicht abgeschlossen ist. Aus schulischer Sicht ergibt sich daher die besondere Notwendigkeit, diesem Ausbildungsbereich besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung zu widmen. Die aktualisierte Version der Sek-I-Verordnung vom 3. August 2018 trägt diesem Anspruch insofern Rechnung, als das Fach Politische Bildung spätestens mit Schuljahresbeginn 2019_20 durch ihm explizit zugeordnete Wochenstunden offiziell gestärkt wird; seine Stellung innerhalb des Lernbereichs als eigenständiges, auf dem Zeugnis separat ausgewiesenes und versetzungsrelevantes Fach im Verein mit im Lernbereich bereits fest verorteten Fächern wie Geschichte, Geografie und Ethik wird bereits im laufenden Schuljahr evident. Ihm kommt somit unter anderem auch auf ausdrücklichen Wunsch der Schüler- und Elternschaft eine spezielle Aufwertung zu.

Schulintern ergeben sich auf organisatorischer Ebene, das sei zugestanden, zunächst einige nicht unbedeutende Diskussionsbedarfe: Das dem gesamten Lernbereich ab dem Schuljahr 2019_20 fest zugeordnete Stundenkontingent von zehn Unterrichtsstunden pro Doppeljahrgang, welches von den Schulen eigenständig unter Maßgabe der Beachtung bestimmter Minimal- und Maximalgrenzen im Sinne einer schulprogrammatischen Schwerpunktsetzung unter möglicher Einbeziehung von Profilstunden angemessen zu verteilen ist, birgt sicherlich einiges Potential für Verteilungskämpfe und damit auch ein gewisses Maß an konfliktbelasteter Verunsicherung. Auch vielerlei berechtigte Kritik insbesondere von Schulleitungs- und Kollegiumsseite, u.a. wegen eines ungünstigen Einführungsstimmings (die im Zuge der Implementierung des neuen Rahmenlehrplans soeben erst erarbeiteten schulinternen Curricula sind bereits wieder anzupassen: Der vielfach geäußerte Vorwurf einer wenig wertgeschätzten "Arbeit für die Schublade" erhöht nicht unbedingt die Akzeptanz dieser Maßnahme und ist im Wesentlichen nachvollziehbar) sowie wegen der nach wie vor weitgehend ausstehenden Regelung wichtiger Details (Leistungsbewertung) ist in diesem Zusammenhang nicht zu vernachlässigen. Und dennoch begrüßen wir am Georg-Büchner-Gymnasium die Implementierung des Faches Politische Bildung uneingeschränkt.

Unserem Verständnis gemäß trägt fundierte, an objektiven und sorgfältig recherchierten Fakten orientierte und kriteriengeleitet analysierte politische Auseinandersetzung mit aktuellen Sachthemen exemplarisch dazu bei, Schülerinnen und Schüler mit denjenigen Qualitäten herauszubilden, wie wir sie in unserem schulprogrammatischen Leitbild ebenso idealistisch - anspruchsvoll wie herausfordernd - zielorientiert formuliert haben: Umfassend informiert, kritisch reflektiert, achtsam und verantwortungsvoll sich selbst und anderen gegenüber agierend, sollen unsere Schülerinnen und Schüler in der Lage sein, den heute teilweise doch recht unübersichtlichen, immer schneller, vehementer und unbedingt auf sie einwirkenden gesellschaftspolitischen Fliehkräften eigenständig, bedacht und beherzt zu begegnen, um sich einer vermehrt zu beklagenden Tendenz zur Insinuation, der möglichen Manipulation durch jeweils spezifische Eigeninteressen verfolgende Dritte bewusst entziehen

zu können; gewiss sollen sie um ihr so oft thematisiertes "Bauchgefühl" wissen, sie sollen es schätzen und gern auch nutzen, zugleich aber auch immer wieder hinterfragen. Kein geringer Anspruch, in der Tat.

Um diese Zielsetzung zu realisieren, braucht es Ressourcen, die an geeigneter Stelle einzusetzen und mit geeigneten Mitteln zu unterstützen sind: Auf dem Entwicklungsweg zu eigener Reife, Kritikfähigkeit, Mündigkeit brauchen SchülerInnen kompetente, beispielgebende, dem offenen Diskurs zugewandte Lehrerinnen und Lehrer, denen sie zunächst im geschützten Raum der Unterrichtsstunden begegnen, denen sie vertrauen, an denen sie sich orientieren und auch einmal kontrovers "reiben" können.

Demokratieverständnis, das intellektuelle Durchdringen komplizierter Zusammenhänge, die angemessene Artikulation und Kommunikation begründeter eigener Meinung, die bewusste, ausgewogene Urteilsbildung sind ebenso wie aktive, überzeugte demokratische Teilhabe letztlich Werte und Haltungen, die nicht naturgegeben existieren sondern die erlernt, manchmal gar erstritten, auf jeden Fall jedoch hart erarbeitet werden müssen. Dafür ist Schule im Allgemeinen unter anderem zuständig; im Gedenken an unseren Namenspatron Georg Büchner und die von ihm vertretenen Prinzipien fühlen wir allerdings in diesem Sinne eine ganz besondere Verpflichtung, uns eindeutig zu positionieren.

An unserer Schule sind wir in der glücklichen Lage, insbesondere gerade auch im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften über fachkundiges, im positiven Sinne streitbares und hoch motiviertes und engagiertes Personal zu verfügen; die Kolleginnen und Kollegen sehen es als ihre vornehmste Aufgabe an, ihre Schülerinnen in konstruktivem Zusammenwirken mit den Familien wohlwollend in ihren Bildungsanstrengungen und ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu begleiten, sie zu erziehen und auszubilden. Dies geschieht nicht zuletzt durch eindeutiges, beispielhaftes, im wahrsten Sinne des Wortes vorbildliches Auftreten, kurz, durch Haltung. Dieses wertvolle Verständnis ihrer Berufung gilt es, hoch zu halten, zu pflegen, gerade in Zeiten, wo politisches Denken und Handeln in der Schule einer besonderen und manchmal äußerst fragwürdig-befremdlichen öffentlichen Aufmerksamkeit und Behandlung unterworfen ist: Der Aufruf an Schülerinnen und Schüler zur digitalen Sammlung angeblicher Neutralitätsverstöße von Lehrerinnen und Lehrern in ihrem Unterricht ist aus vielerlei guten Gründen strikt abzulehnen, befördert er doch im schlichtweg falsch verstandenen Namen von Ausgewogenheit, Transparenz und Fairness Verhaltensmuster, denen wir nicht zuletzt im Rahmen unserer Ausrichtung als Schule ohne Rassismus mit großer Überzeugung seit langem konsequent begegnen und der unserem klaren Auftrag nach § 1 des Berliner Schulgesetzes zuwider läuft, in dem es zu Recht heißt:

„Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde, der Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu gestalten.“

Meldung macht auf jeden Fall nicht unbedingt gute Schule! In der erweiterten Schulleitung des GBG sind wir bezüglich unserer Positionierung in dieser brandaktuellen Frage eindeutig ... unteilbar!

Susanne Burkhardt